

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pfg.

Bezugspreis Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 30 Pfg. Betraubender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharand.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Pörschwald mit Sandberg, Raufbach, Reffelsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Simbach, Sogen, Rohorn, Rittig-Roitzsch, Runzig, Neufürchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schiedewalde, Sora, Steindach bei Reffelsdorf, Steindach bei Rohorn, Seeligshausen, Taubenheim, Unkersdorf, Weistropf, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schunk, Wilsdruff. Für Politik und Inserate verantwortlich: Arthur Schunk, für den übrigen Teil: Johannes Krzlg, beide in Wilsdruff.

No. 6.

Dienstag, den 19. Januar 1909

68. Jahrg.

Die Diphtherie-Heilsera mit den Kontrollnummern 892 bis 911 (geschrieben: achthundertzweihundertzwei bis neunhundertelf) aus den Fabrikanten Ferd. Werken, 126 bis 136 (geschrieben: einhundertsechszwanzig bis einhundertsechsdreißig) aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt, 108 bis 111 (geschrieben: einhundertacht bis einhundertelf) aus dem Serumlaboratorium „Rieter & Co.“ in Hamburg, 212 (geschrieben: zweihundertzwölf) aus der Fabrik vorm. C. Schering in Berlin sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung eingezogen sind, vom 1. Januar 1909 ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt.

Dresden, den 12. Januar 1909.

Ministerium des Innern. 1907

Verdingung der Tischlerarbeiten zum Bürgerchulneubau.

Um die Anzahl der auszuvermietenden Blanketts für die zum Bürgerchulneubau benötigten Tischlerarbeiten feststellen zu können, werden die hiesigen selbstständigen Tischlerbetriebe, welche sich um die Ausführung dieser Arbeiten bewerben wollen, hienmit aufgefordert, binnen acht Tagen, vom Tage dieser Bekanntmachung an, ihre Adressen an den Unterzeichneten einzureichen.

Die Ausschreibung der Blanketts erfolgt gegen Erstattung der Schreibgebühren. Eine Teilung der Arbeiten in mehrere Lose wird vorbehalten.

Wilsdruff, am 16. Januar 1909.

Der Schulvorstand.
Ergrüßter. Kahlenberger
Vorsitzender.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 18. Januar.

Deutsches Reich.

Aus den Reichstagskommissionen.

Die Finanz- und Steuerkommission verhandelte heute über die Fahrartensteuer. Abgelehnt wurde ein freisinniger Antrag, wonach die Fahrartensteuer so lange außer Erhebung gesetzt werden soll, als von den beteiligten Verkehrsverwaltungen der Reichsfläche jährlich 1/2 dessen vergütet werden, was sie im Geschäftsjahre 1908 erbracht hat; ebenso wurde die Regierungsvorlage abgelehnt, die die Aufhebung der Fahrartensteuer auspricht. Angenommen wurde gegen Sozialdemokraten und Freisinnige ein Antrag des Zentrums, der eine Reform der Fahrartensteuer fordert, mit Entlastung der oberen und entsprechender Mehrbelastung der 3. Klasse, sowie mit Heranziehung der 4. Klasse. — Ferner wurde über die Tilgung der Reichsanleiheverpflichtung verhandelt. Nach der Vorlage sind von den neuen Schulden von dem für werdende Zwecke bewilligten Kreditsumme mindestens 1,9 vom 100, im übrigen mindestens 3 Prozent zu tilgen. Es wurde sowohl ein Antrag der Freisinnigen abgelehnt, der allgemein mindestens 1,9 Prozent, und ein konservativer Antrag, der allgemein 3 Prozent als Tilgungsquote festsetzen sollte. Die Regierungsvorlage wurde angenommen, aber für die zweite Lesung wurden Änderungen vorbehalten.

Die ersten deutschen „Dreadnought“-Schiffe.

Die Indienststellung der ersten beiden deutschen Dreadnoughtschiffe, der Linienschiffe „Rassau“ und „Westfalen“, ist für den Herbst dieses Jahres bestimmt worden. Die Indienststellung der beiden ersten Dreadnoughts wird dann gleichzeitig mit der Verlegung eines Geschwaders nach Wilhelmshaven erfolgen.

Der Termin des Hardenprozesses.

Verschiedene Blätter wußten zu melden, daß der Termin des Harden-Prozesses bereits festgelegt sei, und daß ohne Hinzuziehung des erkrankten Fürsten Guleburg verhandelt werden würde. Diese Nachricht ist, wie man aus unterrichteter Stelle mittelt, unzutreffend. Die Prozesseiten befinden sich augenblicklich in Händen des Oberstaatsanwalts Preuß, der das Studium derselben noch nicht beendet hat. Erst nach Beendigung des Studiums der sehr umfangreichen Akten wird man an die Aufsetzung eines Termins gehen, doch steht noch keinesfalls fest, daß die neue Verhandlung schon von vornherein ohne Erscheinen Guleburgs gedacht ist. Es wird vielmehr erst geprüft werden, ob überhaupt eine Verhandlung gegen Harden ohne die Aussage Guleburgs möglich ist. Auf jeden Fall will es die Staatsanwaltschaft zu ernstlichen Bedenken geben, daß Guleburg in diesem Prozesse zur Vernehmung kommt. Die Ansicht Maximilian Hardens, daß ein neuer Prozeß in seiner Sache vor Beendigung der Klage gegen den Fürsten Guleburg überhaupt nicht statifischen könne, wird in Richterkreisen keineswegs geteilt.

Bobdielski als Buchdruckereidirektor.

Der preussische Staatsanzeiger bringt eine Mitteilung, wonach in der Berliner Buch- und Zeitungsdruckerei Union, G. m. b. H. in Berlin, nicht mehr Herr Fein-

Rudolf von Schmiedelbeck in Coblenz — Staatsminister a. D. Viktor v. Boobdielski.

Missions- und Kulturarbeit in Deutschostafrika.

Auf ihrem Arbeitsfeld in Deutschostafrika hat die Leipziger Mission gegenwärtig 19 Missionare, 4 Missionsgeschwestern, 2 Bautechniker und eine Lehrerin. In den nächsten Tagen werden ein Arzt und zwei Krankenpfleger hinzugehen, um die dringend nötige Krankenbehandlung planmäßig in die Hand zu nehmen. Eine weitere Vermehrung der Arbeitskräfte ist für den Sommer in Aussicht genommen. Sie ist aber auch erforderlich, wenn das angefangene Werk nicht in Stillstand geraten soll. Schon jetzt sucht die katholische Mission die evangelische in einer Weise zu überflügeln, die dem Zahlenverhältnis der beiden Konfessionen in Deutschland nicht entspricht. In Deutschostafrika stehen 261 katholische Missionsarbeiter beiderlei Geschlechts 147 evangelischen gegenüber. Doch die Missionsarbeit auch eine kulturelle Hebung der Eingeborenen im Geolge hat, ist eine unbestreitbare Tatsache. Von den 1030 Christen, die bis Ende 1907 gesammelt waren, sind 478 des Lebens kundig und 4400 Schüler und Schülerinnen empfangen in den Missionschulen Unterricht. Auf der Druckerpresse der Mission wird das Amtsblatt des Kaiserlichen Bezirksamts Mosai gedruckt. Eine Zimmermann- und Tischlerwerkstatt findet sich im Betrieb, die mit Aufträgen für die kaiserliche Station, die Missionsangehörigen und die Ansiedler überhäuft ist. Viele Eingeborenen wurden zur Maurer- und Zimmermannsarbeit angeleitet und auf einer ganzen Anzahl der Missionsstationen ist eine Plantagenwirtschaft im Gange, die der bekannte Kolonialpolitiker Dr. Foerster als vielversprechend bezeichnet, und deren Erweiterung bisher nur aus Mangel an Mitteln nicht möglich war.

Ausland.

Bojkott deutscher Waren in der Schweiz.

Der Boykott deutscher Waren in der Schweiz hat begonnen. Auf dem Getreidemarkte zu Bern wurden alle deutschen Landesprodukte zurückgewiesen. Der Konflikt ist weit davon entfernt, sich einer Lösung zu nähern. Die Schweizer Müller sind zwar bereit, mit ihren deutschen Kollegen in Verhandlungen zu treten und würden ebenfalls darin einwilligen, ein bestimmtes Quantum Mehl nach der Schweiz importieren zu lassen, aber unter der Bedingung, daß die deutsche Regierung der Schweiz das Recht gibt, jede dieses Quantum übersteigende Menge zurückzuweisen oder doppelten Zoll dafür zu erheben.

Ein Komplott gegen König Manuel?

Bereits vor einiger Zeit wurde von Befürchtungen berichtet, welche die stark erhöhte Tätigkeit der portugiesischen Republikaner bei den Lissabonner Behörden erweckt hat. Jetzt meldet ein Lissabonner Telegramm des „Daily Express“, daß die Behörden einen Handstreich gegen den König fürchteten und umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen haben, nachdem in Maueranschlägen die „Rache der Republikaner und der Sturz der Monarchie“ angekündigt worden. Zahlreiche Truppen besetzten nach dieser Meldung die Stadt, und viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Im Laufe einer geheimen Konferenz, an welcher der Befehlshaber der Garnison von Lissabon, General Sorajo, sowie der Befehlshaber der Munizipalgarde, der Zivilgouverneur und verschiedene

andere hochgestellte Personen teilnahmen, wurde beschlossen, Truppenabteilungen nach sämtlichen Städten zu entsenden, in denen republikanische Verbände bestehen. Die Garnison von Lissabon ist verstärkt worden, auch Matrosen werden in Bereitschaft gehalten, um erforderlichenfalls an Land zu gehen. Die Minister hielten vorgestern abend spät noch einen Kabinettsrat ab, in welchem die zu treffenden Maßnahmen verhängt wurden.

Die Meldung klingt etwas sensationell aufgebauscht, wie es dem Charakter des „Daily Express“ entspricht. Aber die Ereignisse des vorigen Jahres haben gelehrt, daß man gut tut, die inneren Zustände des portugiesischen Königreichs lieber zu schwarz als zu rosa zu beurteilen.

Die Abkündigungserüchte.

Betreffs der Gerüchte über eine Abkündigung des serbischen Königs erfährt man, daß diese Abkündigung zwar noch nicht in den nächsten Wochen, aber doch in nicht allzulanger Zeit zu erwarten sei. Die Situation in Belgrad ist sehr kritisch, da das Volk den Krieg will. Der Kronprinz Georg arbeitet selber auf den Sturz des Königs Peter hin, um auf den Thron zu gelangen und den Wunsch des Volkes zu erfüllen. Sämtliche Truppen an der ungarischen und bosnischen Grenze gegen Serbien haben den Antrag auf verdoppelte Wachsamkeit und konstante Bereitschaft.

Weiter meldet ein Wiener Telegramm des „D. T.“, daß Kronprinz Georg beabsichtigt, an die Drinagrenze abzureisen. Es scheint sich zu bestätigen, daß sich Frankreich angeboten hat, zwischen Serbien und Österreich zu vermitteln. In Wien steht man auf dem Standpunkte, daß zwar territoriale Zugeständnisse an Serbien ausgeschlossen wären, daß aber Österreich, wie schon Lehenthal in seinem Expose andeutete, wirtschaftliche Vorteile für Serbien konzedieren könnte. Man würde kaum etwas gegen den Anschluß der serbischen Bahnen an die bosnische Ostbahn einwenden, durch die Serbien einen direkten Anschluß an die Adria erhalte, der seinen Viehexport dienlich wäre. Auch Tarifvorrechte und die Erklärung von Reikowich zum Freihafen für serbische Güter könnten erfolgen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Lokale für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 18. Januar.

Ein Bericht der ersten Deputation der Esten Kammer zum Berggesetz beantragte neue Abänderungen zu den letzten Beschlüssen der Zweiten Kammer über denselben Gegenstand und beantragt, die Kammer wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage eine Mitteilung darüber zuzugehen zu lassen, ob und in welcher Weise ihre Bestrebungen, die Bergwerksunternehmer dazu zu bewegen, daß sie freiwillig aber planmäßig ihre Bergarbeiten zur Hebung der Sicherheit des Betriebes im Sinne von Artikel III Abt. I § 5 Abs. 3 Satz 1 des königlichen Dekrets Nr. 21 hinzuziehen, Erfolg gehabt haben.

Um an das königliche Ministerium des Innern den gesetzlich vorgeschriebenen Bericht über die wirtschaftliche Lage von Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel während des Jahres 1908 erteilt zu können, hat die Gewerbekammer Dresden durch ein Rundschreiben eine große Anzahl der von ihr vertretenen Ge-